

Kapitel 5

Für eine Gesellschaft,
in der alle ihre
Potenziale entfalten
können.

- (1) Wir brennen für das Ideal eines freien und selbstbestimmten Lebens.** Es ist der eigentliche Zweck der sozialen Sicherheitssysteme, jedem Menschen die Freiheit von Not sowie seine Teilnahme am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben zu garantieren, alle Menschen in die Lage zu versetzen, ihre Talente zu entwickeln und erfüllte soziale Beziehungen führen zu können. Zentral dafür sind gute Bildung, existenzsichernde Arbeit, Gesundheit und die gerechte Verteilung des Wohlstands. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der die soziale Herkunft, der Geburtsort und der wirtschaftliche Hintergrund eines Menschen nicht dessen Zukunft bestimmen.
- (2) Die beste Bildung für alle – kein Kind zurücklassen.** Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind eine Kultur- und Bildungsbewegung, die dafür kämpft, dass alle Menschen ihr Recht auf Bildung verwirklichen können. Bildung ist eine wesentliche Grundlage für sozialen Aufstieg, gesellschaftliche Teilhabe, Selbstverwirklichung und wirtschaftlichen Erfolg, aber auch dafür, geistige Grenzen überwinden und ein gutes und interessantes Leben führen zu können. Unser Bildungssystem darf sich nicht nur auf das Erlernen von Grundkompetenzen und kognitivem Wissen beschränken. Es muss darüber hinaus soziale und kulturelle Fertigkeiten – wie Empathie, Solidarität, Toleranz, Verantwortung und Kritikfähigkeit – vermitteln. Erwachsene sollen dabei das Kind als anspruchsvolle und glaubwürdige PartnerInnen begleiten. Die Zukunft unserer Kinder darf nicht von der sozialen Schicht, dem Geburtsort oder dem Einkommen der Eltern abhängen. Bildung darf nie ein Privileg der Besitzenden sein. Wir kämpfen für ein Bildungssystem, das allen Kindern gleiche Chancen garantiert und das bereits die Jüngsten individuell und bestmöglich fördert.
- (3) Emanzipatorische Kinderpädagogik – mehr denn je notwendig.** Wir wollen kindergerechte Lebens- und Lernräume schaffen. Kindergärten sind Bildungseinrichtungen, weil hier Kinder voneinander lernen, weil ihre Neugierde angestachelt wird, weil hier Grundkompetenzen von früh auf gefestigt werden, die Sprach- und Sozialkompetenz verbessert wird und nur so soziale Benachteiligungen verhindert werden, die sich ansonsten schon ab Schuleintritt verfestigen. Gute Kinderpädagogik ist der wichtigste Schlüssel im Kampf um Chancengleichheit – und Chancungleichheit, die schon die Kleinsten trifft, ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit. Wir wollen eine Ausbauoffensive im elementarpädagogischen Bereich mit flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen, ganztägig geöffnet und öffentlich finanziert. Ein bundesweiter Qualitätsrahmen, eine Ausbildung der ElementarpädagogInnen auf Hochschulniveau, ein Rechtsanspruch auf einen Gratis-Betreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr und zwei verpflichtende Kindergartenjahre garantieren, dass unseren Kindern eine vielfältige und individuelle Entfaltung ihrer Persönlichkeiten ermöglicht wird.
- (4) Für eine Schule der Demokratie.** Weder Einkommen noch Herkunft, weder Bildungsniveau noch Sozialprestige der Eltern dürfen entscheidend für den Bildungsweg der Kinder und Jugendlichen sein. An allen Schnittstellen des Bildungssystems braucht es fördernde Übergänge statt Trennung. Wir wollen eine gemeinsame Ganztagschule der 6- bis 14-Jährigen mit innerer Differenzierung nach Interessen, Neigungen und Fähigkeiten der Kinder. Diese Schule ist kein isolierter Ort zum Lernen, sondern ein offener Lebensraum, der auch mit dem gesellschaftlichen Umfeld verwoben ist, in den Stadtvierteln, in den Dörfern. Bewegung und Sport sollen Teil des Schulalltags sein, Kinder und Jugendliche in ihrer körperlichen Entwicklung unterstützen, Abwechslung bieten und Teamdenken fördern. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine Lehr- und Lernkultur, die die



Foto: Fotolia

SchülerInnen zur selbständigen Organisation ihrer Arbeit und zur Entwicklung solidarischer Beziehungen befähigt. Dazu gehören auch eine demokratische Schulorganisation und die Möglichkeit, dass alle SchülerInnen ihre Vertretung auf allen Ebenen direkt wählen können. Das ist unser Menschenbild: Dafür zu kämpfen, dass jede und jeder ihre und seine Anlagen entwickeln, ein selbstbestimmtes Leben führen, die Stimme erheben und Gehör finden kann. Das ist die wahre Demokratie, aber auch der wahre Individualismus, ein Individualismus nämlich, der nicht wie der Pseudoliberalismus die Ellbogenmentalität hochhält, sondern der vom Prinzip lebt, dass die freie Entwicklung eines jeden die Voraussetzung für die freie Entwicklung aller, also des gesamten Gemeinwesens, ist.

(5) Wir kämpfen für die Lehrlinge. Eine gute Lehrausbildung braucht transparente und klar definierte Ausbildungsinhalte, die für alle Ausbildungsbetriebe gelten. Wir bestehen darauf, dass die Jugendlichen im Rahmen ihrer Lehre finanziell abgesichert sind. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit gilt auch in der Lehrausbildung. Die Finanzierung der Lehrausbildung soll in Zukunft durch Branchenfonds erfolgen. Alle Betriebe sollen in einen Topf einzahlen, aus dem jene, die ausbilden, die Ausbildungskosten erstattet bekommen. Jene, die nicht ausbilden, aber in Zukunft trotzdem durch gut ausgebildete FacharbeiterInnen profitieren, leisten damit ihren gerechten Beitrag.

(6) Wir wollen die beste Bildung – auch für Erwachsene. Menschen sollen während ihres gesamten Lebens Angebote vorfinden, die ihnen die Möglichkeit geben, sich weiterzubilden. Besonders wichtig sind Angebote für jene Personen, die ihre Erstausbildung nicht erfolgreich abgeschlossen haben und deren Chancen auf eine gesellschaftliche Teilhabe sowohl im Alltag als auch in der Berufswelt stark beeinträchtigt sind. Sie sollen sich Kulturtechniken aneignen und Schul- und Berufsabschlüsse nachholen können. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Kompetenzen, die nicht in der Schule oder einer anderen formellen Ausbildung erworben wurden, stärker anerkannt werden. Wir wollen, dass es für jede und jeden möglich ist, den Beruf zu ändern und eine zweite Ausbildung zu absolvieren.

(7) Wir setzen uns für die bessere Förderung der Hochschulen, der Lehre und der Forschung ein. Österreich hat das Potential, ein Innovationszentrum zu sein, ein faszinierendes Laboratorium des Gelingens und des Ausprobierens, und muss deshalb mehr für Bildung, Forschung und Wissenschaft tun. Die öffentliche Hand hat sicherzustellen, dass die Hochschulen zu einem Ort werden, wo Menschen, unabhängig von Herkunft, Alter und Geschlecht, in einem internationalen Zusammenhang lernen und forschen können. Die chronische Unterfinanzierung der Universitäten muss beseitigt werden und der Forschung die benötigten Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dazu bedarf es auch eines effektiveren Stipendiensystems. Die Antwort auf die begrüßenswerten, steigenden Studierendenzahlen darf keine reine Verschulung sein, die das Studium für viele nur zusätzlich erschwert. Die Universitäten und Fachhochschulen müssen von den Lehrenden und Lernenden gemeinsam und demokratisch gestaltet werden. Wir brauchen und fördern neugierige, kritische Menschen, die sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst sind und deren Ideen, Konzepte und Forschungsergebnisse das Bestreben nach einer freien, gleichen, gerechten und solidari-schen Gesellschaft unterstützen.

(8) Wohnen ist ein Menschenrecht – und muss leistbar sein. Kein Mensch soll in Österreich in einer unbeheizten Wohnung sitzen oder gar auf der Straße stehen. Alle Menschen haben unabhängig von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit Anspruch auf eine ihrem Bedarf und dem gesellschaftlichem Entwicklungsstand entsprechende Wohnung. Dazu brauchen wir genügend Neubauten, einen starken, gemeinnützigen Wohnbausektor, öffentliches Eigentum an Wohnungen und ein transparentes, bundesweites Universalmietrecht. Wir streben eine Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel und die Wiedereinbeziehung der Rückflüsse aus den Wohnbaudarlehen in den wohnungswirtschaftlichen Kreislauf an. Jede Spekulation mit Wohnraum und Fördermitteln ist zu unterbinden. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und Wohnungspolitik ist eine öffentliche Aufgabe, die der Markt nicht erfüllen kann. Gerade der Immobilienmarkt ist ein Markt, bei dem die reinen Marktkräfte zu Verwüstungen führen – das hat die Geschichte gezeigt, auch die jüngste Geschichte von Immobilienblasen und Wohnungsspekulation. Wir stehen für eine Wohnbaupolitik, die unsere Gemeinden und Städte als gute Lebensräume für alle entwickelt, in der die Wohnumgebung so gestaltet wird, dass sie die Kommunikation und Solidarität zwischen den BewohnerInnen fördert. Sozialdemokratische Wohnungspolitik stellt sicher, dass unsere Siedlungen, Grätzl, Dörfer und Stadtteile inklusive Lebensräume sind, in denen niemand ausgeschlossen wird und in denen es weder Armen noch Reichenviertel gibt. StadtbewohnerInnen führen heute einen Kampf um die Stadt, in dem sie ihre Viertel als kommunikative Lebensräume, als lebendige Nachbarschaften und Orte des sozialen Zusammenhaltes, der Sorge füreinander verteidigen, aber auch gegen Entmischung und Gentrifizierung. Wir stehen in diesen Kämpfen auf ihrer Seite.



Foto: Fotolia

(9) Wir wollen eine erstklassige Gesundheitsversorgung für alle. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekennen uns zum Grundrecht aller Menschen auf Lebens- und Arbeitsverhältnisse, die unsere Gesundheit schützen und fördern. Gesundheit ist nicht die bloße Abwesenheit von Krankheit, sondern bedeutet auch körperliches und geistiges Wohlbefinden. Wir garantieren den gleichberechtigten Zugang zu einem öffentlichen und solidarisch finanzierten Gesundheitssystem für alle Menschen in unserem Land: Niemand darf in Österreich später behandelt werden, weil er oder sie über weniger Einkommen oder keine Beziehungen verfügt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für ein solidarisches Gesundheitssystem, in dem alle Menschen pflichtversichert und nach dem Sachleistungsprinzip – unabhängig von privat finanzierten Zusatzleistungen – optimal versorgt sind. Die Leistungen unseres Gesundheitssystems müssen der bedarfsgerechten, flächendeckenden, wohnort- und zeitnahen Versorgung aller dienen. Die öffentlichen

Eigentumsverhältnisse und Strukturen des Gesundheitssystems sind so zu organisieren, dass sichergestellt ist, dass PatientInnen selbständige Entscheidungen zur eigenen Behandlung treffen können. Unser Ziel ist eine effiziente Struktur der Sozialversicherungsträger und eine Vereinheitlichung der Bedingungen für die Versicherten. Selbstbehalte treffen ärmere und chronisch Kranke besonders hart, wir wollen unsere Gesundheitseinrichtungen nicht darüber finanzieren. Wir setzen auf altersgerechte und pädagogisch wertvolle sexuelle Aufklärung, die bereits im Kindesalter beginnt. Der unabhängige Zugang zu Informationen rund um Sexualität, Verhütung, Übertragung von Krankheiten, Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch sowie zu Vorsorgeuntersuchungen durch FachärztInnen muss für alle sichergestellt sein. Ein Schwangerschaftsabbruch soll in jedem Bundesland für alle Frauen ohne finanzielle Hürden möglich sein.



Foto: Fotolia

(10) Wir kämpfen für ein Altern in Würde und frei von Existenzängsten. Pflege geht uns alle an, wir dürfen und wollen sie nicht einfach auf die Mütter, Töchter und Schwiegertöchter abschieben. Zigtausende Kinder und Jugendliche pflegen ihre Angehörigen. In unserem Land soll es kein Kind geben, das mit einer so schweren Aufgabe alleine gelassen wird. Niemand soll im Alter das Gefühl haben eine Belastung zu sein oder seiner Familie auf der Tasche zu liegen. So wichtig die persönliche Zuwendung von Angehörigen ist, wir brauchen mehr professionelle Pflege und einen Ausbau des Betreuungsangebots. Das bedeutet auch eine Investition in ein umfassendes und differenziertes Angebot, das allen offen steht. Dazu gehört der Ausbau von Angeboten in der palliativen und hospitären Begleitung. Im Zentrum steht für uns neben einer hohen Qualität der Leistungen und einer fundierten Ausbildung des Personals ein bundesweites transparentes Pflegesystem.

(11) Wir wollen sichere Pensionen. Verlässlichkeit, Solidarität und Leistungsgerechtigkeit stehen im Vordergrund sozialdemokratischer Pensionspolitik. Unser staatliches Pensionssystem wird vom Bekenntnis zu einer Versicherungsgemeinschaft getragen, in der alle selbstständig und un-selbstständig arbeitenden Menschen entweder direkt oder über ihre Steuerleistung einen Beitrag leisten und dementsprechend Ansprüche erwerben. Dieses solidarische Umlageverfahren hat sich gegenüber privaten Vorsorgesystemen, die vom Kapitalmarkt abhängig sind, immer bewährt – nicht zuletzt deshalb, weil unsere Pensionen dadurch nicht der Krisenanfälligkeit der Finanzmärkte ausgeliefert sind. Ob jemand für eine höhere Pension spart, ist jedem und jeder selbst überlassen. Eine staatliche Förderung dafür ist weder notwendig noch zielführend. Denn unsere Pensionen sind dann sicher, wenn es ausreichend Wirtschaftswachstum, hohe Beschäftigung und anständige Löhne gibt, die letztlich die Quellen für Pensionsbeiträge und damit -zahlungen sind. Wir kämpfen daher auch



für eine Arbeitsmarktpolitik, die dazu führt, dass möglichst alle Menschen bis zur Erreichung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters in Beschäftigung bleiben. Das benötigt eine konsequente Beschäftigungs- und Investitionspolitik und ausreichend altersgerechte Arbeitsplätze.

(12) Das Mindeste sichern. Wir können erst dann richtig stolz auf unser Land sein, wenn wir die Armut völlig besiegt haben. Im Grunde soll niemand vom existentiellen Minimum leben müssen, aber dieses muss zumindest ohne Wenn und Aber garantiert sein. Wir bekennen uns zu einer effektiven Armutsbekämpfung mit Mindeststandards, um allen ein würdevolles und angstfreies Leben zu ermöglichen. Die Mindestsicherung bildet in Kombination mit Sachleistungen das letzte soziale Sicherungsnetz. Ein Netz, auf das jeder und jede alleine aus dem Menschsein ein Anrecht hat. Die Mindestsicherung soll bundesweit vereinheitlicht werden, auch um den innerösterreichischen Wettbewerb nach unten auszuschalten. Mit uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wird es kein Zurück geben in eine Zeit der Essensgutscheine und Suppenküchen, wo Armenfürsorge ein System aus Scham, Bittstellertum und Demütigung etabliert hat. Wer die Armen statt der Armut bekämpft, der findet in uns seinen unterschiedlichsten Gegner.